

## **Antworten der CDU Hessen auf die Wahlprüfsteine der Deutschen Vereinigung für politische Bildung e.V.**

### **Politische Bildung als Unterrichtsfach**

- 1. Werden Sie sich für die Stärkung der Politischen Bildung als Unterrichtsfach an allen Schulformen einsetzen? Wenn ja, welche konkreten Maßnahmen planen Sie?**

Der Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule umfasst die Aufgabe, Schülerinnen und Schüler zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern heranzubilden, die sich mit den Grundwerten der Demokratie identifizieren und darüber hinaus fähig und gewillt sind, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen und sich für die Demokratie zu engagieren.

Obwohl die politische Bildung grundsätzlich eine fächerübergreifende Aufgabe darstellt, fördert insbesondere das Fach Politik und Wirtschaft jene Fähigkeiten, Fertigkeiten und Bereitschaft, die es den Lernenden ermöglichen, als mündige Personen, das heißt eigenständig und verantwortungsvoll, an der demokratischen Öffentlichkeit teilzunehmen und sich an der Diskussion und Lösung grundlegender Fragen und Probleme aus Politik, Gesellschaft, Recht und Wirtschaft zu beteiligen.

Daher haben wir bereits in dieser Legislatur einen durchgängigen Politikunterricht auf allen weiterführenden Schulen sichergestellt. Das war ein

Meilenstein. Wir als CDU Hessen treten auch künftig für eine Stärkung des Faches „Politik und Wirtschaft“ ein.

## **2. Wie wollen Sie die Unterrichtsversorgung mit fachlich ausgebildeten Lehrkräften sicherstellen?**

Wir als CDU haben in Hessen Bildung in den Mittelpunkt gestellt und die Bildungsinvestitionen seit dem ersten Tag unserer Regierungszeit stetig gesteigert. Im Jahr 2024 überschreitet der Bildungsetat mit 5,1 Milliarden Euro erstmals die Marke von fünf Milliarden Euro. Noch nie gab es mehr Lehrkräfte in Hessen als heute: Wir haben deutlich über 60.000 Stellen in Hessen. Seit Übernahme der Regierungsverantwortung durch die CDU im Jahre 1999 wuchs die Zahl damit um mehr als 14.200 Stellen. Der rechnerische Bedarf an Lehrkräften zur Abdeckung der Unterrichtsversorgung ist auf diese Weise zu 134 Prozent (!) abgedeckt.

Zum Vergleich: Als die CDU 1999 die Regierungsverantwortung übernommen hat, lag schon die rechnerische Abdeckung der Unterrichtsversorgung deutlich unter 100% und jede Lehrkraft hatte im Durchschnitt über drei Kinder mehr zu betreuen.

Trotzdem ruhen wir uns nicht auf den Erfolgen aus, sondern müssen und werden diesen Weg des Aufwuchses fortsetzen. Wir reagieren auf steigende Schülerzahlen, die insbesondere durch die Fluchtbewegung auf Grund des

Ukraine-Kriegs verursacht wurden. In den nächsten beiden Jahren schaffen wir weitere rund 4.000 neue Stellen für Lehrkräfte.

Die Lehrkräftegewinnung ist dabei bundesweit für alle Länder eine große Herausforderung. Dies gilt auch für Lehrkräfte mit der Befähigung für Politische Bildung.

Dieser Herausforderung stellen wir uns als CDU Hessen entschlossen und mit umfangreichen Maßnahmen. Unsere Schulen und vor allem unsere Schülerinnen und Schüler brauchen die besten Lehrerinnen und Lehrer. Mit bestmöglichen Rahmenbedingungen werden wir dafür sorgen, dass Hessen als Bildungsstandort konkurrenz- und wettbewerbsfähig bleibt und die besten Kräfte für unsere Kinder gewinnt. Mit gezielten Investitionen in den Bildungsstandort Hessen sorgen wir in Zeiten eines ungebrochen hohen Fachkräftebedarfs in allen Branchen für eine zusätzliche Aufwertung des Berufs der Lehrerin und des Lehrers.

Wir stellen eine auch im nationalen Vergleich sehr gute Bezahlung aller Lehrkräfte sicher. Die CDU-geführte Landesregierung hat mit ihrem Beschluss, die Bezahlung der Grundschullehrkräfte stufenweise zu verbessern und auf die Besoldungsstufe A13 anzuheben, ein klares Zeichen gesetzt, um im Wettbewerb mit anderen Ländern konkurrenzfähig zu bleiben.

Außerdem wollen wir künftig noch mehr geeignete Menschen für das Lehramtsstudium gewinnen. Dazu haben wir bereits unser langfristiges Werben um den besten Lehrkräfte-Nachwuchs für die hessischen Schulen ausgebaut. Nachdem die Initiative „Die Zukunft braucht Dich! Werde Lehrerin

oder Lehrer in Hessen“ im vergangenen Jahr um eine breitangelegte Plakataktion und regelmäßige digitale Sprechstunden in den sozialen Medien erweitert worden ist, folgt nun mit dem Virtual-Reality-Filmerlebnis im „Zukunftsbus“ ein neues innovatives und umfassendes Informationsangebot für die Schülerinnen und Schüler. Als einer von vielen Bausteinen der breit angelegten Initiative ist das innovative Format eine Art Türöffner.

Um kurzfristig dem – insbesondere durch die Integration vieler aus der Ukraine geflüchteten Kinder – gestiegenen Lehrerbedarf zu begegnen, werden wir die bestehenden Maßnahmen zur Weiterqualifikation und zum Quereinstieg in das Lehramt bedarfsgerecht ausbauen – auch für das Fach Politik und Wirtschaft. Mit der Lehrkräfteakademie werden wir ein Konzept für eine Quereinsteigsmaßnahme erarbeiten, bei der ab dem Schuljahr 2023/2024 Personen mit Hochschulabschluss die Befähigung für das Lehramt an Haupt- und Realschulen erwerben können. Weiterhin ist bereits jetzt der Quereinstieg in den Vorbereitungsdienst für Personen mit einem Hochschulabschluss bestimmter Fachrichtungen möglich, aus denen ein zweites Unterrichtsfach abgeleitet werden kann. Wir wollen Türen in den Lehrerberuf öffnen und dabei Wert auf Qualität legen. Für Neueinstellungen, Quereinsteiger oder aus anderen Regionen zuziehende Lehrkräfte bauen wir Einstiegshürden ab und schaffen einen besonderen Willkommensrahmen.

Bereits in den vergangenen Jahren hat die CDU-geführte Landesregierung die Lehramtsstudien und auch die Referendariatsplätze deutlich

ausgeweitet und dank der guten Studienbedingungen nahezu vollständig belegt.

All diese Maßnahmen dienen einer bestmöglichen Förderung unserer Kinder. Wir stehen für unser hessisches Chancenschulsystem mit verschiedenen Schulformen, das auf den Prinzipien des Forderns und Förderns aufbaut und die bestmögliche Bildung jedes einzelnen Kindes besser ermöglicht als eine Zwangseinheitsschule. Diese differenzierten und passgenauen Angebote werden wir erhalten.

**3. Planen Sie Schritte, um universitäre Lehrkräftebildung für das Fach Politik und Wirtschaft wie auch für das Fach Sachunterricht mit sozialwissenschaftlichem Schwerpunkt zu stärken?**

**4. Planen Sie hierzu die Angleichung der Studiendauer für das Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen an die Studiendauer für das gymnasiale Lehramt?**

Die Fragen 3 und 4 werden gemeinsam beantwortet:

Die CDU-geführte Landesregierung hat bereits in den vergangenen Jahren mit einer Intensivierung der Kooperationsstrukturen von Universitäten und Studienseminaren begonnen und dabei unter anderem die Erhöhung der Abordnungsstellen für pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Einrichtung einer Ständigen Kooperationskonferenz umgesetzt. Das stärkt die Lehrkräftebildung aus einem Guss mit allen Phasen und allen

Trägern. Und das kommt auch der Lehrkräftebildung für das Fach Politik und Wirtschaft sowie für das Fach Sachunterricht mit sozialwissenschaftlichem Schwerpunkt zugute.

Darüber hinaus haben wir das „Langfach“ im Grundschullehramt eingeführt, welches Unterricht bis einschließlich Jahrgangsstufe 10 ermöglicht.

Die Qualität und die hohen Standards der Lehrerausbildung dürfen dabei nicht gesenkt werden. Die erste und zweite Staatsprüfung werden in jedem Fall beibehalten. Wir treten entschieden gegen Versuche ein, in der Ausbildung der Lehrkräfte fachlich begründete Unterschiede zwischen den Schulformen und Professionen einzuebnen. Die Studiendauer der verschiedenen Lehrämter hat sich im Sinne der umfassenden fachspezifischen Bildung und pädagogischen Vorbereitung der Lehrkräfte im Grunde bewährt und soll aus unserer Sicht beibehalten werden.

**5. Planen Sie Schritte, um die zweite Phase der Lehrkräftebildung (Referendariat) für das Fach Politik und Wirtschaft zu stärken? Falls ja, welche?**

Nachdem das Praxissemester erfolgreich in den Lehramtsstudiengängen etabliert werden konnte, nehmen wir die Tatsache, dass viele Studierende schon neben dem Studium an unseren Schulen unterrichten, zum Anlass, gemeinsam mit den Universitäten weitere Möglichkeiten zu prüfen, um unsere Studierenden frühzeitig in ihrer Tätigkeit an unseren Schulen zu

unterstützen. Hierbei wollen wir auch ein besonderes Augenmerk – unabhängig von einzelnen Fächern – auf die zweite Phase der Lehrerbildung richten.

### **Demokratiebildung als schulische Querschnittsaufgabe**

- 1. Wie möchten Sie die Demokratiebildung als fächerübergreifende Aufgabe in der ersten Phase der Lehrkräftebildung stärken? Soll es dazu einen verpflichtenden „bildungswissenschaftlichen Studienanteil“ geben?**
- 2. Wie möchten Sie die Demokratiebildung als Aufgabe aller Lehrkräfte systematisch in die zweite Bildungsphase integrieren?**
- 3. Wie gedenken Sie, Demokratiebildung als fächerübergreifende Aufgabe an Schulen – beispielsweise über die Qualifizierung der Schulleitungen oder über die Schaffung von Kapazitäten in den Stundentafeln der Lehrkräfte – zu stärken?**

Die Fragen 1-3 werden zusammen beantwortet.

Gut und modern ausgebildete Lehrkräfte – und davon gibt es viele in Hessen – sind ein entscheidender Faktor für den Bildungserfolg junger Menschen. Gleichzeitig sind die Anforderungen an Lehrkräfte in den vergangenen Jahren vielfältiger und anspruchsvoller geworden. So haben mit der Integration von Schülerinnen und Schülern nichtdeutscher Herkunftssprache, der Medienbildung und Digitalisierung, der Förderung der

Bildungssprache Deutsch sowie der Ganztagsbeschulung und beruflichen Orientierung viele weitere Bereiche und Aufgaben an Bedeutung gewonnen. Als Reaktion auf diese Trends haben wir die genannten und zusätzlichen Anforderungen wie bspw. die Vermittlung der Bildungssprache Deutsch oder die Digitalisierung als verbindlichen Bestandteil aller drei Phasen der Lehrkräftebildung – vom Studium, über den Vorbereitungsdienst bis hin zur Fortbildung – verankert. Damit werden unsere Lehrkräfte von heute und morgen noch gezielter und noch besser auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereitet.

Grundrechtsklarheit, Wertevermittlung und Demokratieerziehung bilden die Grundlagen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und für eine zielgerichtete Extremismusprävention. Die Grundrechte der Verfassung haben absolute Geltung. Jede und jeder trägt Verantwortung für unser Gemeinwesen. Für uns steht fest, dass allen Kindern im Elternhaus und ergänzend auch in den Kindertagesstätten und den Schulen grundlegende Werte und Regeln unseres Zusammenlebens vermittelt werden sollen. Die demokratische Bildung orientiert sich an einem fächerübergreifenden Ansatz. Diesem übergeordneten Ziel sind grundsätzlich alle Unterrichtsfächer verpflichtet. Insbesondere werden in den Fächern Politik und Wirtschaft, Geschichte, Ethik, Religion oder Deutsch grundsätzliche Werte vermittelt. Die CDU-geführte Landesregierung hat 2018 die Fächer Politik und Wirtschaft sowie Geschichte aufgewertet und dafür gesorgt, dass diese Fächer bis zum Abitur nicht mehr abgewählt werden können. Darüber

hinaus werden wir prüfen, auch die Demokratiebildung als Verbindlicher Anteil aller drei Phasen der Lehrerbildung zu verankern.

**4. Demokratiebildung ist nur dann möglich, wenn dafür Zeit zur Verfügung gestellt wird. Planen Sie Stundentafeln künftig so zu gestalten, dass Klassenratssitzungen abgehalten, andere Formen der Mitbestimmung ausgeübt und mehr Kooperation mit außerschulischen Institutionen durchgeführt werden können?**

Unser Ziel ist es, dass alle Schülerinnen und Schüler das Kommunalparlament ihrer Stadt oder Gemeinde, die Vertretung des jeweiligen Landkreises sowie den Hessischen Landtag in ihrer Schullaufbahn kennenlernen. Auch der Besuch einer europäischen Institution soll fester Bestandteil hessischer Curricula werden. Zur Unterstützung des Demokratielernens werden wir prüfen, die Stundentafel bis einschließlich Klasse 7 in allen Bildungsgängen für Klassenrat-Stunden auszuweiten. Darüber hinaus werden wir die Angebote der Landeszentrale für politische Bildung verstärkt bewerben.

**Demokratiefördergesetz und außerschulische politische Bildung**

**1. Wie planen Sie Bildungsstätten, Vereine und Initiativen im Land zu unterstützen, die einen wesentlichen Beitrag für eine vielfältige**

## **außerschulische politische Jugend- und Erwachsenenbildung in Hessen leisten?**

Schulen, andere Bildungsinstitutionen, Vereine und Ehrenamt können einander ergänzen. Solche Synergieeffekte wollen wir im Sinne der Schülerinnen und Schüler stärken. Dafür wollen wir in jeder Region einen Bildungscampus etablieren.

Wir stärken die historisch-politische Bildung an hessischen Schulen, indem wir für alle Schülerinnen und Schüler die Vermittlung der deutschen Geschichte und der Grundlagen unserer Verfassungsordnung mit einem Besuch an entsprechenden Orten (von der Paulskirche über die Grenzgedenkstätten bis zu den zahlreichen anderen Orten der deutschen Demokratiegeschichte) verbinden. Die hessischen Gedenkstätten, Lern- sowie Erinnerungsorte und Grenz Museen leisten einen unverzichtbaren Beitrag zum Demokratieverständnis, zur historisch-politischen Bildung und zur Erinnerungskultur des Landes. Wir wollen erstmals einen umfassenden Masterplan Erinnerungskultur für Hessen entwickeln, der die Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus, zur Geschichte der DDR und die Orte der Demokratiegeschichte in ihrer Einzigartigkeit berücksichtigt. Mit dem „Kulturbus“ und weiteren Maßnahmen erleichtern wir insbesondere Schulklassen den Zugang zu unseren hessischen Kultur- und Erinnerungsorten.

Zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und zur Erleichterung für die große Anzahl im Bereich der außerschulischen politischen Jugend- und

Erwachsenenbildung ehrenamtlich oder semiprofessionell Tätigen überprüfen wir die Förderverfahren auf vermeidbare bürokratische Belastungen und vereinfachen und modernisieren das Zuwendungsrecht. Dafür setzen wir uns auf Bundes- und der europäischen Ebene ein.

**2. Bei den Förderprogrammen gibt es eine deutliche Überbewertung und Steigerung öffentlicher Mittel zugunsten von extremismuspräventiven Maßnahmen. Dagegen stagnieren die Mittel für die allgemeine Politische Bildung seit Jahren. Sehen Sie hier Handlungsbedarf, insbesondere mit Blick auf ein mögliches Hessisches Demokratiefördergesetz?**

Unsere freiheitliche Demokratie wird immer wieder von innen und außen angegriffen. Hass und Hetze, Antisemitismus, Rassismus, Verächtlichmachung und „Fake-News“ bereiten uns große Sorge. Mit Sorge sehen wir auch, wie Ideologie, eine falsch verstandene politische Korrektheit und Cancel Culture den für eine Demokratie unerlässlichen freien Dialog beschädigen. Wir wollen die Demokratie von innen stärken und ihren Wert im Vergleich zu anderen Staatsformen herausstellen.

Als CDU Hessen haben wir uns erfolgreich für eine verlässliche Unterstützung der Destinatäre aus den Einnahmen im Rahmen des Hessischen Glücksspielgesetz eingesetzt. Auf diesem Weg wurden die Zuweisungen an die Destinatäre aus den Spieleinsätzen durch Gesetz vom 9. Januar 2020 um 10 Prozent und durch Artikel zwei dieses Gesetzes zum 1.1.22 um weitere 10

Prozent erhöht. In § 6 des Hessischen Glücksspielgesetz ist eine Garantiesumme von über 11 Millionen Euro für die Träger der außerschulischen Jugendbildung, den Hessischen Jugendring und den Ring politischer Jugend rechtsverbindlich festgeschrieben – unabhängig von den tatsächlichen Einnahmen aus den Spieleinsätzen. Diese Summe wurde innerhalb der vergangenen drei Jahre um 20% erhöht. Damit haben wir in Hessen eine Regelung durchgesetzt, die für eine verlässliche Finanzierung der eigenverantwortlichen und selbstverwalteten politischen Bildung von Jugendlichen bundesweit vorbildlich ist.

Wir werden diese Fördermittel weiter ausbauen. Dazu sollen die den Destinatären gesetzlich zugewiesenen Beträge aus den Spieleinsätzen der vom Land Hessen veranstalteten Zahlen- und Zusatzlotterien und Sportwetten zu Beginn der kommenden Legislaturperiode weiter erhöht werden.

### **3. Welche Maßnahmen zur Stärkung der Landeszentrale für politische Bildung planen Sie?**

Die Landeszentrale für politische Bildung leistet einen wichtigen Beitrag für die Vermittlung von Geschichte, Kultur, Politik, Staat und Gesellschaft. Wir werden ihre Arbeit für die Zukunft aufstellen. Da ihre Arbeit parteipolitisch neutral ist und traditionell im Kuratorium die Ausrichtung im Einklang der demokratischen Parteien erfolgt, verbietet sich aus unserer Sicht eine detaillierte Stellungnahme in Wahlkampfzeiten.